



**Regierungserklärung durch  
Herrn Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann MdL**

**Baden-Württemberg gestalten:  
Verlässlich. Nachhaltig. Innovativ.**

**1. Juni 2016**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich zu Beginn einige Worte zur aktuellen Unwetterkatastrophe in Baden-Württemberg sagen. Wir alle haben die dramatischen Bilder der Zerstörung und Verwüstung vor Augen – die Gerölllawine in Braunsbach, die überfluteten Straßen und Häuser in Schwäbisch Gmünd. Unser tief empfundenes Mitgefühl gilt vor allem den Familien und den Menschen, die auf tragische Weise ihr Leben verloren haben. Ihren Angehörigen spreche ich mein herzliches Beileid aus, und ich denke, ich darf hierbei im Namen des ganzen Hauses sprechen.

Viele Menschen haben über Nacht ihr Hab und Gut verloren. Ihnen möchten wir das Signal senden: Wir lassen Sie nicht allein. Wir werden uns kümmern und werden helfen. Dazu werde ich mir heute Nachmittag gemeinsam mit Innenminister Strobl vor Ort einen Überblick verschaffen.

Den Einsatzkräften und den vielen Helferinnen und Helfern, die Tag und Nacht unter widrigsten Umständen ihr Bestes gegeben haben, danken wir für ihre hervorragende Arbeit. Auch sie haben die Anerkennung des gesamten Hauses.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zur Regierungserklärung.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Verantwortung ist der Ausgangspunkt und der Antrieb dieser neuen Landesregierung – Verantwortung für unser Land und seine Menschen, Verantwortung für eine gute Zukunft.

Es ist richtig: Diese Koalition war nicht unser erklärtes Ziel. Aber die Wählerinnen und Wähler haben uns den Auftrag gegeben, einen neuen Weg zu gehen. Diesen Auftrag haben wir mit Demut und Respekt angenommen. Wir sind aufeinander zugegangen, haben uns zusammengerauft und uns der Verantwortung gestellt. Denn für beide Koalitionspartner gilt: Das Land kommt zuerst.

Diese grün-schwarze Koalition ist ein echtes Novum in der Geschichte unseres Landes, und genau deshalb passt sie so gut zu Baden-Württemberg. Denn wir Baden-Württemberger sind traditionsbewusst und bodenständig, aber wir sind auch

neugierig und innovativ. Im Land der Tüftler und Denker ist aus dem Antrieb, Neues zu schaffen, schon viel Wegweisendes entstanden. In diesem Geist wollen wir Baden-Württemberg in den kommenden fünf Jahren verlässlich und erfolgreich regieren. Wir wollen Bewährtes erhalten und mutig neue Wege gehen. Wir wollen die vor uns liegenden Herausforderungen mit Mut und Leidenschaft, mit Beharrlichkeit und Augenmaß angehen und unser Land voranbringen.

Der grün-schwarze Koalitionsvertrag ist ein demokratisches Reifezeugnis, und er ist das Ergebnis intensiver Verhandlungen guter Demokratinnen und Demokraten. Deshalb möchte ich allen meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen, die an dem Koalitionsvertrag mitgearbeitet haben, insbesondere dem Landesvorsitzenden der CDU, Thomas Strobl, und den Landesvorsitzenden meiner Partei, Thekla Walker und Oliver Hildenbrand.

Gemeinsam wollen wir die besten Traditionen unseres Landes aufgreifen und weiterentwickeln:

Dabei denke ich an Lothar Späth und seine konsequente Innovationsorientierung. Sein Credo war: Was der Professor weiß, das muss der Unternehmer jederzeit bei ihm abrufen können. Mit diesem Willen zur Innovation hat er auch die Chancen der Globalisierung für unser Land genutzt.

Ich denke an Erwin Teufel, seine Leidenschaft für Maß und Mitte und dafür, öffentliche Aufgaben so nah wie möglich an den Menschen zu erledigen. In diesem Sinne hat er sich auch für eine Vertiefung der europäischen Integration eingesetzt.

Ich denke an die letzte Koalition aus Grünen und Sozialdemokraten, die wichtige Reformen vorangebracht und neue Schwerpunkte gesetzt hat, etwa durch die Verbindung von Ökologie und Ökonomie, einen Aufbruch in der Bildungspolitik oder die Politik des Gehörtwerdens.

Diese Fäden greifen wir auf, führen sie zusammen, entwickeln sie weiter und verbinden sie zu etwas Neuem. In diesem Geist werden wir unser Land verlässlich und erfolgreich regieren. Davon bin ich überzeugt.

Die starke Verankerung von Grünen und CDU in der aktiven Bürgerschaft unseres Landes wird uns dabei zugutekommen. Beide Parteien vertreten die gesellschaftliche Mitte Baden-Württembergs. Wir sind also im besten Sinne eine bürgerliche Koalition.

Das ist eine gute Voraussetzung dafür, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Genau das ist unser Anspruch.

So werden wir die großen Herausforderungen meistern, die vor uns liegen. Dazu zähle ich die Integration der Flüchtlinge, die dauerhaft bei uns bleiben, die Verteidigung unserer offenen Gesellschaft, die Stärkung der inneren Sicherheit, den Kampf gegen den Klimawandel und die Weiterführung der Energiewende und der ökologischen Modernisierung, die Weiterentwicklung eines leistungsstarken, gerechten Bildungssystems, die Konsolidierung des Landeshaushalts und die Einhaltung der Schuldenbremse, und die Gestaltung des digitalen Wandels.

Sie alle haben den Koalitionsvertrag gelesen. Ich möchte ihn daher heute nicht in allen Facetten und Details wiederholen. Stattdessen werde ich auf fünf Schwerpunkte der künftigen Arbeit der Koalition eingehen. Das sind Innovation und Digitalisierung, Nachhaltigkeit in Ökologie und Finanzpolitik, ein leistungsstarkes und gerechtes Bildungssystem, die Stärkung der sozialen und inneren Sicherheit, Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Meine Damen und Herren,

unserem Land ging es selten so gut wie heute. Wir sind die Wachstumslokomotive in Deutschland und Innovations-Europameister, wir haben Rekordbeschäftigung und die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa. Dieser Erfolg beruht in erster Linie auf dem Fleiß und dem Weitblick von Unternehmerinnen und Unternehmern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Deshalb haben wir allen Grund, mit Zuversicht nach vorne zu blicken.

Unser Anspruch ist es, diese Spitzenstellung zu halten und möglichst auszubauen. Dazu werden wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen stärken, indem wir bürokratische Belastungen abbauen und bei neuen Gesetzen schon von vornherein minimieren. Genehmigungen betrieblicher Investitionen werden wir beschleunigen und den Technologietransfer in den Mittelstand umfassend stärken.

Wir werden erhebliche Mittel in den Erhalt und den Ausbau der Straßen investieren und für ein attraktives Angebot von Bussen und Bahnen sorgen – im ländlichen Raum genauso wie in den urbanen Zentren.

All das sind wichtige Bausteine für ein wirtschaftlich starkes Baden-Württemberg. Für noch entscheidender halte ich es allerdings, dass wir Baden-Würtemberger mit

Neugier und Entdeckerfreude, mit Mut und Zuversicht in die Zukunft gehen. Denn wir befinden uns mitten in der digitalen Revolution. Sie verändert grundlegend die Art und Weise, wie wir produzieren und konsumieren, wie wir arbeiten und leben. Wir befinden uns am Beginn einer Phase, in der die Weltmärkte neu verteilt werden – und damit auch die Lebenschancen und der Wohlstand der nächsten Jahrzehnte.

Die erste Halbzeit des digitalen Wandels haben wir gegen die USA verloren. Währenddessen hat Asien weiter zu uns aufgeschlossen. Jetzt läuft die zweite Halbzeit. Dabei geht es um die Digitalisierung unserer industriellen Kernbranchen. Wer in dieser Phase in erster Linie eine Kultur der Sicherheit pflegt und sich darauf konzentriert, Fehler zu vermeiden, riskiert seine Sicherheit und seinen Wohlstand.

Um an der Spitze zu bleiben, müssen wir etwas riskieren. Wir müssen uns trauen, Dinge radikal neu zu denken. Wir müssen eine Innovationskultur in den Mittelpunkt unserer Politik stellen.

Dazu gehört für mich auch eine Kultur des Scheiterns. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Menschen nicht schief angeschaut werden, wenn sie im ersten Anlauf nicht erfolgreich waren. Denn niemand kann sicher voraussagen, welche Strategien, welche Produkte, welche Dienstleistungen und welche Geschäftsmodelle in Zukunft erfolgreich sein werden, schon gar nicht der Staat. Deshalb wollen wir diejenigen fördern, die mit Neugier und Mut, mit Tüftler- und Unternehmergeist versuchen, die Chancen der Digitalisierung auszuloten und zu nutzen.

Um dieses Versprechen real zu hinterlegen, werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Rahmenbedingungen für privates Wagniskapital zu verbessern. Auf Landesebene werden wir den Wagniskapitalfonds zu einem „Innovationsfonds Baden-Württemberg“ weiterentwickeln. Wir wollen ihn für privates Kapital öffnen und setzen auf den engen Austausch der privaten Investoren mit Gründerinnen und Gründern. So können neue Wissensnetzwerke entstehen, die zum Erfolg von Neugründungen beitragen.

Auch darüber hinaus wollen wir alle Innovationspotenziale maximal ausschöpfen: in der Bildung, in Wissenschaft und Forschung und in der Wirtschaft. Dabei werden wir uns nicht in Einzelfragen verzetteln, sondern eine umfassende, ressortübergreifende Digitalisierungsstrategie verfolgen. Sie ist beim stellvertretenden Ministerpräsidenten im Innenministerium angesiedelt.

Diese Strategie soll breit angelegt sein und über die Industrie im engeren Sinn hinausgehen. Was wir brauchen, ist eine Wirtschaft 4.0. Nicht verzetteln bedeutet aber auch, dass wir Kernbranchen definieren wollen, die für Baden-Württembergs Zukunft besonders wichtig sind. Ich glaube, dass wir hier auf unseren Stärken aufbauen müssen.

Wir werden Kinder und Jugendliche bestmöglich auf die digitale Welt vorbereiten und läuten mit digitaler Bildung das Ende der „Kreidezeit“ im Klassenzimmer ein. Wir wollen, dass unsere Kinder die neuen digitalen Kulturtechniken nicht nur bedienen, sondern auch begreifen und beherrschen lernen. Wir werden die Medienbildung und den Informatikunterricht stärken, pädagogisch begleitete digitale Lernmethoden nutzen und eine digitale Bildungsplattform für alle Schulen schaffen. Ferner werden wir unternehmerisches Denken zum Inhalt unserer Bildungspläne machen. Wir wollen unsere Kinder und Jugendlichen nicht nur auf ein Leben als Angestellte vorbereiten, sondern ihnen auch die Möglichkeit bieten, sich als Unternehmerinnen und Unternehmer zu betätigen.

Wir setzen auf unsere Hochschulen und unsere exzellenten Forschungsinstitute als Impulsgeber, Denkfabriken und Kreativzentren unseres Landes. Wir schaffen eine umfassende, hochschulübergreifende Digitalisierungsoffensive. Wir werden die Chancen nutzen, die die Digitalisierung in Lehre und Campusmanagement bietet, und die digitale Infrastruktur für Forschung und Lehre ertüchtigen.

Unser Ziel ist es, die Hochschulen dabei zu unterstützen, ihren Campus zu Zukunftslaboren für Innovationen zu machen und in ihren Studiengängen die Themen Innovation und Gründung zu verankern.

Den Technologietransfer und die Ausgründungen werden wir vor allem im Bereich der Hochtechnologien und der Ingenieurwissenschaften fördern. Dadurch wollen wir die Hochschulen als Kerne unserer wirtschaftlichen Cluster stärken.

Wir wollen Baden-Württemberg zum Magneten für kreative Menschen machen und den Grundstein dafür legen, dass unser Land zu den dynamischsten Gründungsregionen dieser Welt aufschließt. Dabei kommt es uns nicht auf absolute Zahlen an, sondern auf die Zuwächse bei innovativen Startups, die eine hohe Wissens- und Technologieintensität auszeichnet.

Wir werden in Zusammenarbeit mit den Kommunen das Gründen leichter machen und One-Stop-Shops, also eine einheitliche Anlaufstelle, für Gründerinnen und

Gründer fördern. Monatelange Hürdenläufe von Behörde zu Behörde müssen der Vergangenheit angehören.

Die Möglichkeit, sich auf Geschäftsmodell und Businessplan zu konzentrieren, die Möglichkeit, den formalen Gründungsakt „auf Knopfdruck“ zu erledigen – das ist unser Anspruch.

Aber wir wollen nicht einfach ein Modell kopieren. Wir wollen ein Modell entwickeln, das zu Baden-Württemberg passt. Wir brauchen also ein Ökosystem, das Vorhandenes und Neues intelligent miteinander verknüpft.

Neben unseren Hochschulen setzen hier mehr und mehr auch unsere Unternehmen Maßstäbe. Sie haben erkannt, dass ein kultureller Wandel notwendig ist, um die digitalen Geschäftsmodelle der Zukunft zu entwickeln, und treiben ihn intensiv voran. Sie haben erkannt, wie wichtig die besondere Dynamik und der unvoreingenommene Blick aus der Perspektive von Startups sind. Deshalb fördern sie diese Perspektive systematisch, gründen neue, freier arbeitende Einheiten oder fördern Startups in ihrem Tätigkeitsfeld. Ich denke dabei stellvertretend für viele andere an Unternehmen wie Bosch, EnBW, Daimler oder Porsche, an SAP, Festo oder GFT.

Über diese Stärke verfügen nur wenige Standorte auf der Welt, und deshalb wollen und werden wir diese Stärke nutzen. Wir werden die beschriebene Entwicklung unterstützen und mit der Allianz Wirtschaft 4.0 eine Plattform schaffen, in der wir etablierten Unternehmen sowie Startups, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Kapitalgeber miteinander vernetzen. Damit schaffen wir ein hoch dynamisches Umfeld, von dem beide Seiten – Startups und Etablierte – profitieren können.

Die Gründerlandschaft werden wir entlang von Schwerpunkten weiterentwickeln, die zu unserem Land und seinen Stärken passen. Ich denke dabei an Smart Data, intelligente Systeme oder intelligente Mobilität. Dadurch wollen wir unser Land sowohl national als auch international sichtbar machen.

Forschungsleuchttürme im Bereich von Mobilität und Nachhaltigkeit sowie die geplanten Forschungsverbünde zu den Themen „Intelligente Systeme“, das Cyber Valley, oder Lebenswissenschaften unterstützen wir mit Sonderforschungsmitteln.

Regierung und Verwaltung werden bei der Digitalisierung Schritt halten. Wir sorgen für eine sichere, moderne und wirtschaftliche IT-Infrastruktur. Wir digitalisieren

einerseits Arbeitsprozesse in der Verwaltung und andererseits Verwaltungsverfahren für Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger.

Schließlich werden wir erhebliche Mittel investieren, um die Basis für eine digitale Revolution zu schaffen: ein modernes, flächendeckendes Glasfasernetz. Es hat für die kommenden Jahrzehnte eine zentrale Bedeutung für unser Land.

„Lieber Schlaglöcher als Funklöcher“, sagte EU-Kommissar Oettinger vor einigen Monaten. Wir wollen weder Schlag- noch Funklöcher. Aber ich teile die Einschätzung, dass schnelle und stabile Datenverbindungen heute noch wichtiger als gute Straßen sind.

Schnelles und sicheres Internet ist wichtig, damit die Bürgerinnen und Bürger zukünftig umfassend an dieser Entwicklung der Gesellschaft teilhaben können – in den Städten wie auf dem Land. Dies ist auch eine Grundbedingung dafür, dass sich auch unsere Wirtschaft weiterentwickeln kann. Digitale Mobilität, Smart Citys, neue digitale Geschäftsmodelle – all dies ist ohne ein flächendeckendes schnelles Internet nicht denkbar.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

bei alledem folgen wir einem klaren Kompass, dem Kompass der Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit heißt für uns, unsere natürlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen zu bewahren. Denn wir leben in einer Welt mit 7 Milliarden Menschen. Ihre Zahl wird auf Jahre hinaus weiter steigen, ebenso wie die legitimen Ansprüche auf sozialen Aufstieg und materiellen Wohlstand. Am westlichen Lebensmodell, unserem Lebensmodell, richtet sich fast die ganze Welt aus. Leider geht es global jedoch massiv zulasten intakter Böden, sauberer Luft, klarer Gewässer und eines stabilen Klimas.

Es ist zu der zentralen Überlebensfrage dieses Jahrhunderts geworden, dass wir lernen, „Wohlstand für alle“, das große Versprechen der sozialen Marktwirtschaft, mit der Bewahrung natürlicher Lebensgrundlagen zu vereinbaren.

Deswegen machen wir den Wertekonsens einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft zu unserem Leitbild. Wir wollen das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppeln und unsere Unternehmen zur Nummer eins bei

Ressourceneffizienz und Umwelttechnologien machen. Das ist ökologisch geboten, ist aber auch eine Riesenchance für unsere Wirtschaft.

Diesen Anspruch unseres Landes wollen wir gemeinsam mit der Wirtschaft mit Hilfe eines „Think Tanks Ressourcenpolitik“ unterstreichen und vorantreiben. Er soll national und international ein Aushängeschild dafür werden, dass „Made in Baden-Württemberg“ nicht nur für höchste Qualität und bestmögliche Technik steht, sondern auch für größtmögliche Nachhaltigkeit.

Dabei ist im Bereich des verarbeitenden Gewerbes die verlust- und emissionsfrei produzierende Ultraeffizienzfabrik unsere Vision.

Die Bewahrung der Schöpfung hat für uns eine herausragende Bedeutung. Das bedeutet auch, unsere vielfältigen Kultur- und Naturlandschaften zu schützen. Sie sind einer der großen Schätze unseres Landes. Wegen ihrer ökologischen Grundfunktion bieten sie Erholung; sie sind Orte, um Kraft zu sammeln, sie sind ein Stück unverzichtbare Heimat.

Deswegen werden wir die Mittel für den Naturschutz weiter konsequent erhöhen und unsere Naturschutzstrategie weiterführen und in der Fläche umsetzen.

Unsere Agrarpolitik folgt den zwei Grundsätzen „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ und „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“. So geben wir der bäuerlichen Landwirtschaft in Baden-Württemberg gerade in Zeiten großer Herausforderungen für unsere bäuerlichen Familienbetriebe eine Zukunftsperspektive.

Ich erinnere nur an die Diskussion über die Milchpreise.

Dabei wollen wir auch die Biolandwirtschaft weiter voranbringen, etwa durch die Schaffung von Bio-Musterregionen.

In einem Kabinettsausschuss „Ländlicher Raum“ wollen wir zukunftsorientierte Zielvorstellungen und konkrete Handlungsempfehlungen entwickeln, um den ländlichen Raum weiter zu stärken.

Verbraucherschutz ist uns ein wichtiges Anliegen. Die Menschen in Baden-Württemberg haben ein Recht auf sichere Lebensmittel und Produkte sowie die bestmögliche Ausgestaltung ihrer Rechte als Konsumenten.

Baden-Württemberg gehört zu den stärksten und modernsten Industrieregionen der Welt. Das bedeutet aber auch: Wir stoßen eine große Menge CO<sub>2</sub> aus und tragen so

zur Erderwärmung und zum Klimawandel bei. Rein rechnerisch ist jeder Einzelne im Land für rund 7 Tonnen CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Jahr verantwortlich; das ist fast doppelt so viel wie der weltweite Durchschnitt. Als führendes Industrieland tragen wir eine besondere Verantwortung für das Klima.

Dieser wollen und werden wir gerecht werden. Ich erinnere nur an das Memorandum of Understanding, das wir gemeinsam mit über 120 Regionen der Welt zum Klimagipfel in Paris verabschiedet haben, in dem wir uns verpflichten, beim Temperaturanstieg unter 2 Grad und bei den jährlichen Treibhausgasemissionen unter 2 Tonnen pro Person zu bleiben.

Die Energiewende begreifen wir vor diesem Hintergrund als Bewährungsprobe unserer politischen Generation. Wir werden uns daran messen lassen, ob und wie wir dieser Jahrhundertaufgabe gerecht werden. Dabei setzen wir auf den Ausbau der erneuerbaren Energien, auf mehr Energieeffizienz und auf einen verantwortungsbewussten Ausstieg aus Atomkraft und Kohle. Unser Ziel ist eine sichere, bezahlbare und zukunftsfähige Energieversorgung.

Die Windkraft werden wir im Land weiter ausbauen. Um die Energie der Sonne noch besser zu nutzen, werden wir eine 50 000-Dächer-Initiative starten. Dabei ist es uns wichtig, dass Mieter genauso vom Sonnenstrom auf dem eigenen Dach profitieren können wie der Eigentümer.

Auch bei der Energiewende werden wir die Potenziale der Digitalisierung nutzen. Unser Ziel ist es, Technologieführer bei intelligenten Netzen und intelligenten Zählern zu werden.

Damit die Energiewende ein Erfolg wird, sind neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netze kostengünstige und effiziente Speichermöglichkeiten von Strom notwendig. Wir wollen auch in dieser Frage Schrittmacher werden. Dazu werden wir die Potenziale unserer herausragenden Forschungsstandorte bündeln und ausbauen. Dabei geht es auch darum, Strom, Wärme und Verkehr mit Hilfe digitaler Techniken zu einem sinnvollen Ganzen zu verbinden.

Aber wir wollen, meine Damen und Herren, nicht nur in ökologischer, sondern auch in finanzieller Hinsicht nicht auf Kosten unserer Kinder leben. Solide Finanzen sind ganz entscheidend für die langfristige Prosperität unseres Landes und die Gestaltungskraft der kommenden Generationen.

Wir haben deshalb beschlossen, in den kommenden Jahren die Deckungslücke im Haushalt Schritt für Schritt zu schließen und 1,8 Milliarden € strukturell bis 2020 einzusparen. Die Schuldenbremse werden wir einhalten und dem Parlament vorschlagen, sie in der Landesverfassung zu verankern.

Das geht nicht ohne Einschnitte und unbequeme Entscheidungen. Bei der Konsolidierung werden wir alle Bereiche des Landeshaushalts in den Blick nehmen. Insbesondere können wir die großen Ausgabenblöcke nicht außen vor lassen – Personalausgaben, die über 40 % des Haushalts ausmachen, ebenso wenig wie die Kommunen. Wir müssen auch die Standards kritisch prüfen, die Förderprogramme und die Einnahmeseite.

Wir werden dabei alle fordern müssen, aber wir werden niemanden überfordern. Das rechtzeitige, vorausschauende und maßvolle Gegensteuern verhindert, dass eines Tages abrupte, bedenkliche Lenk- und Bremsmanöver notwendig werden.

In diesem Sinn werden wir konsequent konsolidieren, aber auch gezielt sanieren und intelligent investieren: beispielsweise 500 Millionen € in Straßen, Schienen, Hochschulen und Hochbau und 325 Millionen € in die Digitalisierung.

Die Landesregierung hat sich also ein ehrgeiziges Programm gegeben, um die Finanzen des Landes solide aufzustellen und die Quellen unseres Wohlstands zu sichern.

Meine Damen und Herren,

Kinder sind das Wertvollste, was wir haben. Ihnen die beste Bildung mit auf den Weg zu geben hat für meine Regierung höchste Priorität.

Ob Cleverle oder Träumerle, ob Überflieger oder Spätstarter – jeder junge Mensch soll etwas aus seinem Leben machen können und den für ihn besten Bildungsabschluss erreichen können.

Deshalb sorgen wir für ein leistungsfähiges und gerechtes Bildungssystem – von der Kita über die Schule bis hin zur beruflichen Bildung und zur Hochschule.

Damit folgen wir auch einem Gebot unserer Landesverfassung. Dort heißt es:

*„Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.“*

Es ist für uns Auftrag und Ansporn, Chancengerechtigkeit, Leistung für alle und Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen.

In den letzten Jahren wurden wichtige Bildungsreformen auf den Weg gebracht: Die Kinderbetreuung und der Ganztagsunterricht wurden massiv ausgebaut, die Gemeinschaftsschule wurde eingeführt und gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung ermöglicht.

In den kommenden Jahren werden wir unsere Kitas, Schulen und Hochschulen mit ruhiger Hand gestalten. Wir werden uns auf die Weiterentwicklung und Optimierung des Begonnenen konzentrieren und die pädagogische Qualität in den Mittelpunkt stellen.

Dabei ist für uns eine vertrauensvolle Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Familie entscheidend.

Ich will nicht gleich von einem Schulkonsens reden – aber die beiden Koalitionspartner haben sich gut verständigt. Wir haben im Zuge der Verhandlungen alte Strukturdebatten überwunden, und das Ergebnis ist einfach vernünftig und zukunftsfähig.

Den Schülern, Eltern und Lehrern versprechen wir für die kommenden Jahre Verlässlichkeit und Planbarkeit.

Wichtige Eckpunkte unserer Bildungspolitik sind folgende:

Die Kitas werden weiter bedarfsgerecht ausgebaut. Dabei wollen wir die Qualität weiter verbessern und verstärkt in die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte investieren. Wir werden die Sprachbegleitung und Sprachförderung in Kitas und Schulen weiter ausbauen, und wir werden Kitas bei der Weiterentwicklung zu Kinder- und Familienzentren fördern.

Wir wollen Familien besser unterstützen und alle Kinder bestmöglich auf die Schule vorbereiten. Deshalb werden wir im letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung die Familien durch einen KinderBildungsPass finanziell entlasten.

In der Grundschule werden wichtige Weichen für den weiteren Bildungsweg gestellt. Deshalb werden wir durch mehr individuelle Förderung jedes einzelne Kind besser unterstützen – gerade auch Kinder mit Lernschwächen und Kinder mit besonderen Begabungen. Und wir werden die Stundentafel in den Fächern Deutsch und Mathematik um je zwei Stunden erhöhen.

So stärken wir die Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen.

Die Grundschulempfehlung wird nicht wieder verbindlich. Sie ist aber eine wertvolle Entscheidungshilfe für die Schullaufbahn unserer Kinder. Wir werden die Eltern zukünftig ab Klasse 1 kontinuierlich beraten, um sie bestmöglich auf die Entscheidung beim Übergang auf die weiterführende Schule vorzubereiten.

Die Ganztagschule ist ein wichtiger Baustein für mehr Bildungsgerechtigkeit, für bessere Lernleistungen und für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu kommt, dass eine Mehrheit der Eltern sich für ihre Kinder eine Ganztagschule wünscht. Wir werden deshalb die Ganztagschulen weiter ausbauen und weiter verbessern. Dabei setzen wir besonders auf Verlässlichkeit und Flexibilität.

Das bewährte Gymnasium ist eine tragende Säule der Schullandschaft in Baden-Württemberg. Auch hier werden wir in die pädagogische Qualität investieren – etwa bei der Förderung von Schülern mit Spitzenbegabungen. Die Berufs- und Studienorientierung werden wir weiter stärken. Mit zusätzlichen Vertiefungsstunden in Klasse 10 werden wir den Übergang in die Oberstufe verbessern. Damit bereiten wir die Schülerinnen und Schüler noch besser aufs Abitur vor.

Die Gemeinschaftsschule ist eine leistungsstarke und gerechte Schule, die konsequent auf die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler setzt. Gemeinschaftsschulen können weiter eingerichtet werden – auch Oberstufen sind möglich, wenn die dafür nötige Mindestschülerzahl erreicht wird.

Die Realschulen erhalten in Zukunft – wie Gemeinschaftsschulen – 20 Poolstunden pro Zug. Damit werden die Schülerinnen und Schüler künftig noch passgenauer gefördert. In den Klassen 5 und 6 werden die Schüler gemeinsam unterrichtet, ab Klasse 7 werden sie gezielt auf den Hauptschulabschluss oder die Mittlere Reife vorbereitet.

Wir wollen allen jungen Menschen eine berufliche Perspektive bieten. Die berufliche Bildung werden wir deshalb gemeinsam mit den Partnern des

Ausbildungsbündnisses als wichtigen Standortfaktor der Wirtschaft stärken und als starkes, attraktives Angebot in der Fläche erhalten.

Wir wollen jedem Jugendlichen mit Zugangsberechtigung einen Platz an einem beruflichen Gymnasium in einer zumutbaren Entfernung anbieten. Ebenso wollen wir eine wohnort- und betriebsnahe Ausbildung ermöglichen. Und wir wollen die Modellregionen zur Neugestaltung des Übergangsbereichs ausweiten.

Pädagogische Qualität, Verlässlichkeit, Vielfalt, Leistung und Bildungsgerechtigkeit – das sind also die Leitlinien unserer Bildungspolitik der kommenden Jahre.

Wie kein anderes Land lebt Baden-Württemberg von wissenschaftsgetriebenen Innovationen. Wir sind davon überzeugt, dass wir in Wissenschaft und Forschung Spitze sein müssen, wenn unser Land lebenswert und wirtschaftlich stark bleiben soll.

Damit wir unsere Spitzenstellung halten, werden wir unsere Hochschulen mit verlässlicher Finanzierung und klugen Investitionen stärken. So sorgen wir dafür, dass sie weiter im Wettbewerb um Forschungsmittel und um die klügsten Köpfe erfolgreich sein können.

Auch bei der nächsten Exzellenzinitiative werden wir unsere Universitäten tatkräftig unterstützen.

Auf die Qualität der Lehre an unseren Hochschulen werden wir einen Schwerpunkt setzen. Dabei werden wir konsequent die Chancen nutzen, die sich aus digitalen Lehr- und Lerninstrumenten ergeben.

Meine Damen und Herren,

die Landesregierung wird ein verlässlicher Partner für alle Bürgerinnen und Bürger sein und setzt dazu auf die Solidarität der Stärkeren mit den Schwächeren.

Wir wollen, dass sich die Menschen in unserem Land auf ein starkes gesellschaftliches Netz verlassen können, und wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass sie den Wechselfällen des Lebens wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder einer Pflegebedürftigkeit im Alter nicht schutzlos ausgeliefert sind.

Konzepte zur guten und sicheren Arbeit werden wir weiterführen und weiterentwickeln. Das Land soll eine Vorreiterrolle übernehmen, auf sachgrundlose

Befristungen zu verzichten und junge Menschen im Praktikum angemessen zu vergüten.

Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen für eine gleichwertige Arbeit auch die gleiche Bezahlung erhalten.

Und wir wollen für eine effektivere Durchsetzung von Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin sorgen.

Unser Ziel ist eine exzellente Gesundheitsversorgung, gerade auch im ländlichen Raum. Deshalb werden wir die Krankenhäuser noch stärker am tatsächlichen Bedarf ausrichten und dazu ein landesweites Konzept entwickeln, das sowohl ambulante als auch stationäre Angebote einbezieht.

Auch die Voraussetzungen für die Pflege kranker und alter Menschen wollen wir weiterentwickeln und optimieren. Deshalb werden wir eine landesweite Struktur für eine proaktive, individuelle Beratung unterstützen, um Pflegebedürftige und ihre Angehörigen noch besser unterstützen zu können.

Dabei denken wir immer auch voraus. Gemeinden, die vom demografischen Wandel besonders betroffen sind, wollen wir mit einer Regionalstrategie „Daseinsvorsorge“ bei ihren Planungen finanziell und strukturell unterstützen. Deshalb werden wir einen Demografiebonus einführen, um Kommunen mit einer stark rückläufigen Bevölkerungszahl zu unterstützen.

Darüber hinaus werden wir die Stelle eines Demografiebeauftragten schaffen, um das Thema über die Ressorts hinweg zu koordinieren. Er soll sich um Fragen des altersgerechten Lebens, Wohnens und Bauens genauso kümmern wie um eine möglichst wohnortnahe und familienorientierte Pflege.

Meine Damen und Herren,

neben der sozialen Sicherheit steht die Landesregierung auch für die innere Sicherheit unseres Landes.

Auch Baden-Württemberg wird von der Bedrohung durch politisch motivierte Gewalttaten herausgefordert. Wir werden durch den islamistischen Terrorismus bedroht, durch fremdenfeindliche Anschläge auf Flüchtlingsheime und durch Verrohung und Gewalt etwa durch Rockerbanden.

Ziel unserer Koalition ist es, unser Land, unsere offene Gesellschaft und unsere freie Lebensweise gegen diese Bedrohungen und Gewaltakte zu verteidigen – egal von welcher Seite sie kommen.

Hier sind wir alle gefordert. Und wir sind besonders angewiesen auf die Polizei, die Justiz und alle anderen Sicherheitsbehörden, auf starke Kommunen und auf eine engagierte Bürgerschaft, die sich extremistischen Kräften entgegenstellen.

Wir werden die Freiheit der Menschen in unserem Land schützen und für Sicherheit und Ordnung sorgen. Auf den öffentlichen Raum werden wir dabei ein besonderes Augenmerk legen. Er ist für das Freiheitsgefühl der Menschen entscheidend und für unsere Demokratie grundlegend.

Wir wissen: Freiheit ist ohne Sicherheit nicht denkbar. Zugleich darf die Sicherheit die Freiheit nicht erdrücken. Darauf werden wir achten. Wir werden unsere Freiheit und unseren Lebensstil nicht preisgeben, aber wir werden zugleich auf die wachsende Bedrohungslage reagieren.

Auch darüber hinaus sind wir entschlossen, jede Form der Kriminalität konsequent zu bekämpfen. Ich möchte, dass sich in unserem Land jeder und jede frei und ohne Angst bewegen kann. Dazu setzen wir auf eine gut ausgestattete, effizient organisierte und bürgernahe Polizei und Justiz.

Wir werden deshalb in den kommenden Jahren massiv in die innere Sicherheit investieren und 1.500 neue Stellen bei der Polizei schaffen.

Wir werden in eine bessere Ausstattung unserer Polizei investieren und den Verfassungsschutz weiter stärken.

Polizei und Verfassungsschutz in Baden-Württemberg arbeiten rechtsstaatlich und hochprofessionell. Die Menschen in unserem Land haben allen Grund, ihrer Polizei zu vertrauen und stolz auf sie zu sein.

Um die gute Verbindung der Bürgerinnen und Bürger zu ihrer Polizei weiter auszubauen und zu stärken, werden wir einen Bürgerbeauftragten ernennen, an den sich jede Bürgerin und jeder Bürger auch mit einem die Polizei betreffenden Anliegen wenden kann.

Frau Präsidentin,

meine Damen und Herren,

bei uns in Baden-Württemberg hat Zuwanderung eine lange Tradition. Jeder Vierte hat ausländische Wurzeln. Wirft man einen noch weiteren Blick zurück in unsere Vergangenheit, kommt man noch zu ganz anderen Ergebnissen. Dann wird klar: Nahezu jeder von uns hat Urahnen, die Migranten, Vertriebene oder Flüchtlinge waren.

Wir stehen zu unserer Verantwortung für diejenigen, die Schutz brauchen. Unser Land gibt ihnen einen Vertrauensvorschuss und investiert in ihre Zukunft. Im Gegenzug erwarten wir allerdings Leistungsbereitschaft, Anstrengung und Integrationswillen.

Wir sind uns bewusst, dass das, was wir in den kommenden Monaten und Jahren auf dem Feld der Integration tun, einen ganz entscheidenden Einfluss auf die Zukunft unseres Landes haben wird. Deshalb wird unsere Koalition hier einen Schwerpunkt setzen. Unsere Leitlinie lautet: Integration fördern und Integration fordern.

Bereits begonnene Projekte in den Bereichen Bildung und Sprache, Arbeit und Wohnen werden wir fortführen. An Integrationskursen, die den Flüchtlingen die Werte unseres Grundgesetzes und die deutsche Sprache näherbringen, halten wir fest. Dabei gilt: Niemand muss sich assimilieren; aber jeder muss sich integrieren.

Zusätzlich werden wir die folgenden neuen Impulse setzen:

Die Kommunen sind der entscheidende Ort für eine gelingende Integration. Deshalb werden wir die Kommunen bei ihren Aufgaben unterstützen und mit ihnen einen „Pakt für Integration“ schließen.

Gute Deutschkenntnisse sind der Schlüssel zur Integration. Jeder investierte Euro wird sich hier dreimal auszahlen. Deshalb werden wir die Sprachbegleitung und Sprachförderung in den Kitas und Kindergärten ausbauen und dafür sorgen, dass Kinder zum Schulbeginn über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen.

In der Ausbildung von Lehrern werden wir auf die neuen Anforderungen durch die Zuwanderung von Schülerinnen und Schülern reagieren. Die Hochschulen unterstützen wir bei der Qualifizierung von Sprachlehrkräften für Integrationskurse und stärken die Verankerung von Deutsch als Fremdsprache im Lehramtsstudium.

Arbeit ist ein zentraler Integrationsmotor – gerade in einem wirtschaftsstarken Land wie Baden-Württemberg. Deshalb wollen wir den Flüchtlingen so schnell wie möglich den Zugang zum Arbeitsmarkt verschaffen. Um hier noch stärkere Impulse zu setzen, wollen wir mit der Wirtschaft und der Bundesagentur für Arbeit ein gemeinsames Programm zur beruflichen Integration und Nachqualifikation von Flüchtlingen auf den Weg bringen.

Auch im Bereich des Wohnens setzen wir auf eine konzertierte Aktion. Um schnellstmöglich mehr bezahlbaren Wohnraum für Einheimische und Zugewanderte zu schaffen, werden wir eine Wohnraum-Allianz gründen.

All dies verlangt uns und den Flüchtlingen viel ab. Es wird nicht einfach werden. Aber wir können es schaffen und die Chancen der Integration nutzen, wenn wir die Sache mutig, pragmatisch und realistisch angehen.

Selbstverständlich helfen wir schutzbedürftigen Menschen und bieten ihnen Perspektiven. Zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der Flüchtlingskrise gehört aber auch, dass nicht alle Menschen, die zu uns kommen, auch bleiben können. Deshalb setzen wir auf ein systematisches Rückführmanagement für abgelehnte Asylbewerber. Wir geben der freiwilligen Ausreise weiterhin den Vorzug. Aber wer nicht freiwillig ausreist, muss mit Abschiebung rechnen.

Eine weitere große Herausforderung ist die zunehmende Polarisierung in unserer Gesellschaft. Immer mehr Menschen sind verunsichert und haben Abstiegsängste. Sie verstehen sich als Opfer gesellschaftlicher Veränderungen oder fühlen sich fremd im eigenen Land.

Auch diese Menschen müssen wir wieder einbinden. Auch dies betrachtet meine Landesregierung als eine der zentralen Aufgaben der nächsten Jahre.

Nur wenn uns dies gelingt, werden wir unsere Gesellschaft zusammenhalten können. Und dieser Zusammenhalt der Gesellschaft ist auch mir persönlich ein sehr wichtiges und überragendes Anliegen.

Deshalb haben wir das Ministerium für Soziales erweitert. Es soll sich neben den klassischen sozialen Fragen auch um Fragen der Integration und der kulturellen Identität kümmern. Wir verstehen dieses Ministerium als echtes Gesellschaftsministerium, als ein Ministerium für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Entscheidend ist dabei unsere offene und aktive Bürgergesellschaft. Sie ist das stärkste Bollwerk gegen extremistische Strömungen jeder Art. Hier liegt eine Stärke unseres Landes: Beinahe jeder zweite Baden-Württemberger engagiert sich freiwillig – etwa in Kirchen, Vereinen, Hilfsorganisationen, Parteien oder Bürgerinitiativen. Damit wirken sie als gesellschaftlicher Kitt und leisten einen unermesslichen Beitrag für uns alle. Und allen, die sich so engagieren, sei noch mal herzlich gedankt.

Wir sehen aktive Bürger und ehrenamtliches Engagement nicht als billige Ressource, wenn dem Staat das Personal ausgeht. Im Gegenteil: Engagierte Bürgerinnen und Bürger können oft viel besser handeln und viel mehr leisten, als es der Staat allein jemals könnte. Dieser subsidiäre Ansatz passt zu unserem Land. Wir werden deshalb die Bürgergesellschaft weiter stärken. Sie ist die Lebensversicherung eines lebendigen Gemeinwesens.

Deshalb sind für uns auch Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie eine wichtige Ergänzung und Bereicherung unserer repräsentativen Demokratie. Im Sinne der Politik des Gehörtwerdens werden wir die Bürgerinnen und Bürger umfassend in die Willensbildung einbeziehen und staatliches Handeln so bürgernah wie möglich gestalten.

Demokratie wächst von unten. Nirgendwo ist Demokratie so konkret erlebbar wie vor Ort in unseren Kommunen. Sie sind nah dran an den Bedürfnissen der Menschen. Deshalb ist uns die kommunale Selbstverwaltung besonders wichtig.

Gerade weil Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement, Einmischen und Bürgerbeteiligung für die Gestaltung unserer Gesellschaft so unverzichtbar sind, habe ich dieses Thema bewusst ein zweites Mal durch eine Staatsrätin im Staatsministerium verankert.

Meine Damen und Herren,

es gibt in Politik und Gesellschaft auch zunehmend Tendenzen, von denen wir uns entschieden abgrenzen und klare Kante zeigen:

Wir treten ein für das klare Wort, wenden uns aber zugleich gegen eine Verrohung und Brutalisierung der Sprache.

Wir nehmen vorhandene Ängste und Sorgen ernst. Wir machen aber eine Politik ohne Angst – ohne Angst vor unseren Aufgaben und ohne den Menschen Angst zu machen.

Unsere Koalition wird sich auf echte Lösungen konzentrieren und nicht auf falsche Versprechungen.

Wir schöpfen unsere Stärke aus Vernunft und Menschenrechten, nicht aus Unvernunft und Chauvinismus.

Wir stellen eine Politik der Liberalität und des besseren Arguments einer Politik des Ressentiments und der Hetze gegen Minderheiten gegenüber.

Wir werden eine zugleich weltoffene und heimatverbundene Politik machen, aber keine Politik des Nationalismus und der Engstirnigkeit.

Und das bedeutet auch: Wir setzen auf Europa und eine Vertiefung der europäischen Integration.

Die europäische Integration gehört für uns in Baden-Württemberg zur Staatsräson. Sie steht für 70 Jahre Frieden und Freiheit. Das ist ein Zeitraum, der in der europäischen Geschichte ohne Beispiel ist.

Sie steht für ein beispielloses Wachstum unseres Wohlstands. Auch das ist historisch einzigartig.

Sie steht für eine Zukunft, in der unsere Stimme Gewicht hat, auch wenn der Anteil der Deutschen an der Weltbevölkerung unter die Schwelle von 1 % fällt.

Die Fliehkräfte, die man gegenwärtig überall in Europa beobachten kann, erfüllen uns aus diesem Grund mit großer Sorge. Aber wir sind davon überzeugt, dass wir diese Herausforderung meistern können.

Dazu müssen wir die rechtsnationalen Parteien endlich als internationales Phänomen wahrnehmen. Wir müssen erkennen, dass die autoritäre Versuchung wieder da ist, meine Damen und Herren, also eine Politik, die vorgibt, dass sich alle Probleme der Welt am besten mit einer nationalen, autoritären, rückwärtsgewandten Politik lösen lassen. Dagegen müssen sich die proeuropäischen Parteien verbünden, denn es steht viel auf dem Spiel.

Wir dürfen Europa nicht der plumpen Kritik der rechtsnationalen Parteien überlassen. Wir müssen zeigen, dass wir die bestehenden Probleme besser lösen können als sie – mit einer Agenda, die an den Menschenrechten orientiert ist, die die internationale Kooperation fördert, die pragmatisch ist und Probleme so nah wie möglich bei den Bürgern löst.

Es ist Zeit zu kämpfen –  
für ein Europa des Friedens und der Menschenrechte,  
für ein Deutschland, das aus der Geschichte gelernt hat,  
und für ein starkes Baden-Württemberg in der Mitte Europas.

Meine Damen und Herren,

in den vergangenen Jahren wurden viele wichtige Reformen auf den Weg gebracht. In den kommenden Jahren geht es nun darum, diese mit Ruhe und Verlässlichkeit weiterzuentwickeln und neue, grün-schwarze Impulse zu setzen.

Baden-Württemberg ist in einer hervorragenden Verfassung. Die Landesregierung wird beharrlich dafür arbeiten, dass unser Land leistungsstark und lebenswert bleibt – im ländlichen Raum und in den Städten, heute und in der Zukunft. Deshalb setzen wir auf Innovation, auf die Chancen der Digitalisierung und auf den Mut der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, neue Wege zu gehen.

Unser Wohlstand soll hoch bleiben, aber nicht auf Kosten unserer Natur oder des Gestaltungsspielraums unserer Kinder. Deshalb setzen wir auf Energiewende, Naturschutz und die Konsolidierung unseres Haushalts.

Jedes Kind soll etwas aus seinen Talenten machen können – unabhängig vom Geldbeutel seiner Eltern. Deshalb setzen wir auf Qualität, Verlässlichkeit und die individuelle Förderung in der Bildung.

Jede Bürgerin und jeder Bürger soll frei und sicher hier leben können. Deshalb treten wir als Vertreter einer wehrhaften Demokratie den Feinden der Freiheit entschlossen entgegen und stärken unsere Polizei.

Und das Wichtigste: Wir wollen gemeinsam in eine gute Zukunft gehen. Zusammen streiten und zusammenhalten – das hat unser Land bisher immer vorgebracht und stark gemacht. Das wünsche ich mir auch in den kommenden Jahren: engagierte Bürgerinnen und Bürger, zivilisierten Streit auf der Basis unseres Grundgesetzes, Neugier und Tatkraft, aber auch die nötige Bereitschaft zum Kompromiss.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
die Landesregierung hat den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber eine dienende Funktion. Wir wollen unserer Verantwortung so gut wie möglich gerecht werden und

unseren Beitrag dazu leisten, damit die besten Tage unseres Landes noch vor uns liegen.

Vielen Dank.